

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 1 Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 RM. Durch den Briefträger oder Boten
2.52 RM.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Bsp. Restame-
nte 1.00 RM. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 184

Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 9. August 1919

Jahrgang 1

Die Gerechtigkeit ist der standhafte und fortwährende
Wille, jedem sein Recht zu geben. Spinoza.

Die Schule in der Verfassung.

Rede des Abgeordneten D. Mumm in der Sitzung der
Nationalversammlung vom 31. Juli 1919.

Meine Damen und Herren! Der Schluß der Vormittags-
sitzung und der Beginn der Nachmittagsitzung steht in einem
charakteristischen Gegensatz. Während hinsichtlich der Be-
stimmung über die Religionsgesellschaften sich allmählich eine weitgehende Übereinstimmung der Meinun-
gen ergeben hat, zum mindesten keine Kampfesfreudigkeit
gegen diese Bestimmungen mehr vorhanden ist, so daß eine
gewisse Dauer derselben erhofft werden darf, soweit man
überhaupt bei der Revolutionsverfassung Hoffnung auf
Dauer hegen darf, ist hinsichtlich der Bestimmung der
Schule sofort ein lebendiger Kampfesgeist hüben und
drüben zum Ausdruck gekommen.

Ich darf ausdrücklich feststellen, daß der Artikel 146 in
seinem Eingang, d. h. hinsichtlich der Sicherung des kon-
fessionellen Religionsunterrichts, außerhalb dieser Kampfes-
linie gelegen hat, nicht irgendwie umbrannt worden ist.

Die Bittschriftenbewegung.

die in einem Umfange, wie sie seit Bestand des Deutschen
Reiches nicht eingetreten ist, in unser Haus und in die
übrigen Parlamente gestutet ist, die 6886 000 Unter-
schriften, die nach Seite 25 unseres letzten Bittschriftenver-
zeichnisses — Nr. 559 der Druckfachen — bei den Parla-
menten eingegangen ist, haben denn doch gezeigt, daß keine
Partei, die irgendwie auf den Volkswillen noch Wert legt,
gegen diesen konfessionellen Religionsunterricht sich er-
klären darf.

Anders steht es nun mit der Frage des Konfes-
sions-, des Simultans- oder des religions-
losen Systems. Hierum geht der Kampf, und wir werden
nach dem, was die ganzen letzten Tage und was auch diese
Stunde brachte, nicht erwarten dürfen, daß hierüber der
Kampf ebenso wie die Frage der Privatschule heute zu Ende
gebracht werden wird. Ich gestehe zu, daß jenes neue Schul-
kompromiß, das uns heute morgen, — erst heute morgen —
in den Mappen allen zur Kenntnis gekommen ist, an
mehreren Stellen eine Verbesserung bringt. Es ist zu
hoffen, besonders wenn die Bestimmungen des Schulgesetzes
kommen, daß der Gemeindestreit nicht allzu große Wellen
schlagen wird. Ich nehme wenigstens an, daß in dem Schul-
gesetz nicht einem ordnungslosen Herüber und Hinüber der
Weg geebnet werden wird, sondern daß eine gewisse Stetig-
keit der Verhältnisse, wie sie nun einmal mit einem geord-
neten Schulbetrieb notwendig verbunden ist, auch mit dem
— wie der Unterstaatssekretär Schulz sagt — für nächsten
Winter bereits zu erwartenden Schulgesetz erreicht wird.

Wir dürfen auch hoffen, daß nach Zustimmung der demo-
kratischen Mitglieder des Hauses zu diesem Teile des Kom-
promisses der Kampf in der Lehrerschaft nicht diejenige
Lebendigkeit annehmen wird, die nach gewissen Anzeichen
anfänglich zu vermuten war. Wir wünschen aufs drin-
gendste, — das darf ich für alle unsere Freunde sagen —
mit der Lehrerschaft in Frieden, in ruhiger, sachlicher Er-
wägung zusammenzukommen.

Darüber sollen wir uns wahrlich klar sein: es handelt
sich bei allen Schulfragen immer erst in zweiter Linie um
Paragrafen, das Wesentliche ist immer die lebendige
Lehrerpersönlichkeit. (Sehr richtig! rechts und bei den
D. D.) Ich gestehe: so lebendig und freudig ich für den Ge-
danken der Konfessionsschule eintrete, ein lebendiger christ-
licher Lehrer in einer Simultanschule ist mir lieber als eine
völlig ungenügende Persönlichkeit in einer Konfessionsschule.
(Sehr richtig! rechts.) Es handelt sich vielfach um Ver-
langen, die kaum in Paragraphen zu zwingen sind. Wir
haben in den Ausschuss — diese Einzelheit ist bisher kaum
besprochen — auf unsere Anregung auch eine

Toleranzbestimmung

eingefügt. Diese Toleranzbestimmung halte ich angesichts
mancher Zustände für durchaus erwünscht. Sie soll zunächst
sichern, daß der Lehrer nicht in verletzender Weise gegen
religiöse Überzeugungen Andersgesinnter sich erklären darf;
sie besagt in Artikel 145, Absatz 2:

Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht
zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht
verletzt werden.

Aber nicht nur auf das religiöse Gebiet nehmen wir
Bezug. Wenn ich daran denke, was jetzt durch die Zeitungen
geht, wie Missfälle über die Fehler Kaiser Wilhelms II. den
Schülern eingegeben werden (hört, hört! rechts), da muß
ich sagen: derartiges ist unerträglich. Am Zweiten städti-
schen Lyzeum in Neudamm hat ein Oberlehrer wöchentlich
eine Stunde zur politischen Diskussion eingerichtet. Dabei
sind Ausdrücke gefallen, wie die unser Kaiser war ein
Schweinehund! (Hört, hört! rechts und Unruhe.) Rosa
Luxemburg wurde mit Christus verglichen. Das sind
empörende Dinge. Wer derartige Verletzungen der Gefühle
Andersdenkender fähig ist, sollte wirklich ein größeres Hand-
werk ergreifen, als das feinste und herrlichste Werk, was es
gibt, an den Seelen der deutschen Jugend. (Lebhafte Zu-
stimmung rechts.) Wir werden es uns nicht nehmen lassen,
wenn derartige gräßliche Verletzungen der Toleranz gegen
Andersdenkende vorkommen, hiergegen mit allen Mitteln
einzuschreiten und die Öffentlichkeit, wenn es not tut, da-
gegen anzurufen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir erkennen an, daß die neue Fassung nach ver-
schiedenen Seiten hin gegenüber derjenigen Fassung, die uns
zunächst vorgeschlagen worden ist, Verbesserungen bringt.
Ich rechne dazu insbesondere, daß gemäß Artikel 145 nach
dem Antrage 724, 2 a, der Unterricht im Geiste des deut-
schen Volkstums erteilt werden soll. Ich halte das gegen-
über der früheren Form nicht nur für eine redaktionelle,
sondern auch für eine sachliche Verbesserung und wünsche
nur, daß auch wirklich in diesem Geiste des deutschen Volks-
tums der Unterricht erteilt wird, und daß diejenigen
Lehrern, die in dieser Beziehung ihr Bestes einsetzen, nicht
durch irgendwelche Vorschriften von oben her die Hände
gebunden und sie um das Beste gebracht werden. (Sehr
richtig! rechts.)

Es ist leider in dem Schulkompromiß die Bestimmung
enthalten (Nr. 724, Ziffer 4), daß es bis zum Erlaß des
Reichsgesetzes bei der bestehenden Rechtslage verbleibt. Nun
haben wir es erleben müssen, daß jetzt vor zwei Tagen

in Sachsen

ein neues Gesetz beschlossen worden ist, das — ich muß wirk-
lich sagen: in seinem Effekt; ich will nicht sprechen von dem
Willen — aber im Effekt — der Reichsverfassung ein
Schnippchen schlagen soll. Man will noch schleunigst vorher
seine Wünsche unter Dach und Fach bringen. (Sehr richtig!
rechts.) Nun ist es ja nach der ungewissen Erklärung,
die wir von Seiten des Herrn Unterstaatssekretärs im Na-
men der Antragsteller erhalten haben, und der wohl nie-
mand im Hause widersprechen wird, kein Zweifel, daß diese
Bestimmung, wonach es bei der bestehenden Rechtslage
bleibt, sich, wie klar aus dem Zusammenhang hervorgeht,
lediglich auf Artikel 146 bezieht. Es ist also, da Reichsrecht
Landesrecht bricht und wir hier ganz ohne Zweifel die In-
tention haben, ein bindendes Reichsrecht zu schaffen, gar
nicht möglich, in Sachsen dasjenige, was vor zwei Tagen
beschlossen wurde, aufrecht zu erhalten. (Sehr richtig! rechts.)

Über die Art und Weise, wie künftig die Religionsgesell-
schaften gemäß Artikel 146 die Übereinstimmung des Schul-
religionsunterrichts mit ihren Grundfäden zu prüfen haben,
habe ich mich im Verfassungsausschuss geäußert, wir werden
beim Reichsschulgesetz wohl bald auf diese Frage zurück-
kommen.

Der von uns mit veranlaßte Antrag Bauermann zu
Gunsten der

Privatschule

scheint mir durchaus der Billigkeit und dem zu entsprechen,
was wir durchweg festgehalten haben, daß es nämlich nicht
möglich ist, wohlverordnete Rechte, hier also bestehende
Privatschulen, zu beseitigen, wenn man nicht den Inhabern,
die oftmals es im Leben sehr schwer haben, eine ent-
sprechende Entschädigung zubilligt. In eine Beseitigung
der Privatschulen können wir unter keinen Umständen
willigen. Die Herren von der äußersten Linken, vergessen
Sie nicht, daß gerade die Privatschule denen, die im Ge-
wissen schwer bedrängt sind, eine Möglichkeit gibt, ihren
Kindern, die doch nun einmal den Eltern in erster Linie
gehören, und für die die Eltern in erster Linie die Verant-
wortung vor Gott haben, eine Erziehung in ihrem Geiste zu
ermöglichen. Darum müssen Privatschulen erhalten wer-

den. Ich bin nun, besonders auch nach der heutigen Er-
klärung des Herrn Unterstaatssekretärs Schulz, recht in
Sorge, ob nicht die Übung seitens der heutigen Verwaltung
eine solche sein wird, die dem Privatschulwesen nicht günstig
ist. Jedenfalls scheint es uns sehr bedenklich zu sein, noch
weiter zu gehen, wie es der Antrag 73 vorschlägt.

Wir haben bei der zweiten Lesung unsere Bedenken
zum Ausdruck gebracht, und diese Bedenken sind keineswegs
völlig gehoben. Es ist eine schwere Verantwortung, die wir
haben, wenn wir uns zu dem Schulkompromiß, wie es jetzt
gestaltet ist, entscheiden sollen. Wenn ich nach aller Ab-
wägung des Für und Wider doch schließlich — abgesehen von
jener Bestimmung über die Völkerverbrüderung — zu einer
bejahenden Auffassung komme, dann tue ich das nur aus der
Auffassung heraus, daß es sich hier um große und wesent-
liche Dinge unseres Volkslebens handelt, in denen durchge-
setzt werden muß, was von unserem Geiste durchgesetzt wer-
den kann, und daß wir im Hinblick auf die Gesamtfrage ein
Mehr wohl nicht werden durchsetzen können und uns darum
mit dem befriedigen müssen, was hier in Vorschlag gebracht
worden ist.

Das Elternrecht.

die Gestaltung von Dorpfeldschen Schulgemeinden, ist aller-
dings ein wesentlicher Punkt, der erreicht wurde. Wir haben
die Elternrecht bereits früher in dem Antrag Arnstadt
gefordert:

Ob und inwieweit bei der Gliederung der Volksschule
Kinder des gleichen Bekenntnisses vereinigt werden kön-
nen, ist nach den Anträgen der Erziehungsberechtigten zu
entscheiden, sofern sie mit den Interessen eines geordneten
Schulwesens vereinbar sind.

An sehr vielen Orten steht der Wille der Erziehungs-
berechtigten ohne weiteres fest, es bedarf keiner förmlichen
Erklärung. Wir hegen die Zuversicht, daß sich
in der Wirklichkeit des Volkslebens die
Konfessionsschule dort, wo sie gewurzelt
ist, auch durchsetzen wird. Wo sie nicht gewurzelt ist,
kann sie sich nicht durchsetzen. Wo sie aber gewurzelt ist,
wird sie sich durchsetzen, und das sind gewaltige Teile unseres
Vaterlandes in Ost und West, in Nord und Süd. Auch die
fromme Judentum steht, wie ihre Eingaben bezeugen, mit
uns zur Konfessionsschule. Jetzt gilt es, daß die Freunde
der Konfessionsschule auf dem Posten sind, daß sie auf die
Schanzen steigen, wo die Konfessionsschule angegriffen wird,
und wir hoffen, daß solcher Kampf zur Verteidigung eines
hohen Gutes zum Segen unseres Vaterlandes sein wird. Der
tiefe Schatten, daß die Verfassung mehr oder weniger die
Simultanschule mit konfessionellem Religionsunterricht zur
Regel macht und die religionslose Schule, irreführend „be-
kenntnisfrei“ und „weltlich“ genannt zuläßt, kann zum
Quell reichen Segens werden, denn die Mäßigkeit
aller, die ihren Glauben dem kommenden Geschlecht über-
liefern wollen, in der Wirklichkeit des Lebens die Kon-
fessionsschule zum Regelfall und die religionslose Schule zum
machtlosen seltenen Ausnahmefall macht. Auch der Herr
Unterstaatssekretär Schulz hat am Schluß seiner Rede die
Worte gebraucht, es möchte zum Segen werden, was wir
jetzt beschließen. Das ist auch mein Herzenswunsch. Als
wir Deutsch-nationalen als erste die Einordnung von Be-
stimmungen über Kirche und Schule in unsere Verfassung
anregten, war es lediglich das Verlangen, unserem
Volke und dem kommenden Geschlecht dort
zu dienen, wo es am meisten krank und wo
ihm der Arzt am nötigsten ist; an seiner
Seele. (Bravo! rechts.)

Eine demokratische Stimme über die Redeschlacht in Weimar.

Wer die Debatten in der Nationalversammlung ver-
folgt, kann nicht verkennen, daß die Demokraten dem, im
Grunde doch nur um Herrn Erzberger zu schüren, tobenden
Sturm kühl und mit einem Gefühl des Unbehagens gegen-
überstehen. Gerade sie hatten sich von der National-
versammlung große, fruchtbringende Arbeit versprochen, ihr
Parteigenosse, Prof. Preuß, war entschlossen, die Arbeit da
aufzunehmen, wo sie 1849 unter der Ungunst der erstarken-
den Reaktion liegen geblieben war, aber bald mußte er er-
kennen, die neue Zeit sieht ein neues, kein besseres Geschlecht.

An Stelle der oft unklaren aber grundehrlichen Begeisterung von damals, ein kleiner gehässiger Parteigeist, der schon längst unsern Parlamentarismus geschädigt hat, und der sich nun, wo die Machtmittel des Staates offen vor ihm ausgebreitet sind, nur noch widerwärtiger betätigt. Nur eins ist daselbst geblieben, die Überschätzung der rednerischen Erfolge. Als Scheidemann sein „Niemals“ gesprochen hatte, glaubte er eine Tat getan zu haben, und Erzbergers Rede als Plakat soll eine fadenförmige Rechtfertigung für alle Zeiten als die reine Wahrheit hinstellen.

Und da fragt die „Bosfische Zeitung“ (31. Juli, Morgenausgabe) in ihrem Leitartikel „1917 oder 1919?“ was denn diese alten Geschichten jetzt, im August 1919, eigentlich das deutsche Volk angehen. Um dessen Räten will ich doch die Nationalversammlung zusammengetreten. Was ist wichtiger, ob damals Erzberger oder Ludendorff recht gehabt hat, oder ob unsere Industrie, unsere Eisenbahnen, unsere Gas- und Elektrizitätswerke mit Kohlen versorgt sein werden? Gerade jetzt kommt die Nachricht, daß die Flottenflotte der Nordsee ohne Kohlen ist. Die Fischerei ist durch die Aufhebung der Blockade und Beseitigung der Minenfelder freigegeben, aber es ist keine Möglichkeit, sie auszunutzen. Die Nationalversammlung aber findet (immer nach der „Bosfischen Zeitung“) es nicht für nötig, die Frage ernstlich anzugreifen, obgleich es sich hier auch noch um die Erfüllung der Ansprüche handelt, die die Feinde an unsere Kohlenförderung laut Friedensvertrag haben. Der Reichswirtschaftsminister hat zwar die Bedeutung der Frage zugegeben, aber dabei hat es sein Bewenden. Als erste Voraussetzung erscheint, daß die Bergarbeiter erst einmal bequeme Wohnstätten haben. Man will darum die Kohlenpreise wieder erhöhen, aber aus der Preiserhöhung einen Fonds für Beschaffung von Wohnungen für die Bergarbeiter bilden. Das ist sehr umständlich, und es läge wirklich näher, solche aus Reichskosten zu bezorgen; da aber die Bergarbeiter kaum mit Löhnen zufrieden sein werden, so braucht man für die Wohnungen Ziegeln. Und neun Zehntel unserer Ziegeleien müssen feiern — wegen Kohlenmangel. Ein unheilvoller Kreislauf, in den einreisen nur ein einheitlicher Wille könnte. Wo ist der in einem von der Nationalversammlung, oder vielmehr von den das Kabinett bildenden Parteien abhängigen, gelangten in seinen Entschlüssen unfeinen Ministerium möglich? Diese Parteien haben keinen Sinn für die brennenden Fragen der Gegenwart. „Man mußte ja so viel bekannte Dinge aus dem Jahre 1917 neu enthüllen.“

Der Leitartikel der „Bosfischen Zeitung“ hofft für diese Fragen überhaupt nichts mehr von Weimar. Die Debatten der letzten Wochen haben für ihn den schlagenden Beweis gebracht, daß neben diesem reinpolitischen Parlament ein Wirtschaftsparlament aus Vertretern der produktiven Arbeit treten muß. Was ist das aber anders als ein berufständiges Parlament, wie es auch die wirklich unabhängige Wissenschaft als die beste Form der Volksvertretung anerkannt hat? Im Jahre 1848 waren allerdings diese Fragen noch nicht so brennend, doch wollen wir uns immerhin an das Handwerkerparlament erinnern, das zugleich mit der Nationalversammlung in Frankfurt am Main tagte. Damals schon erkannte das arbeitende Volk, daß die reinen Politiker geneigt waren, seine Interessen zu vernachlässigen. Aber die Fragen, die es damals bewegte, verschwanden vor den Problemen unserer Zeit. Sollten so tief einschneidende Fragen, wie die Sozialisierung der Betriebe, die planmäßige Regelung des Außenhandels, auch viele Fragen, die mit den neuen Steuern zusammenhängen, lediglich vom politischen Standpunkt behandelt werden, nämlich von dem aus, ob ihre Lösung den z. Z. herrschenden Parteien einen Vorteil bringt? Das „vom Druck der Fürsten“ angeblich befreite Volk ächzt unter dem von engen Parteiführern, die unter sich ausmachen, was man ihnen zumuten darf. Daß diese Erkenntnis sich Bahn zu brechen beginnt, zeigt auch dieser Artikel der „Bosfischen Zeitung.“

Die Bedeutung der Familie.

Von Rektor B e d m a n n, Bielefeld.

(Schluß.)

Der hohe Wert eines Familienlebens wird nur zu wenig erkannt. Die Kleinkinderschulen sind gewiß eine zweckmäßige Einrichtung, nämlich für die 3- bis 6-jährigen Kinder, die zu Hause keine genügende Pflege und Aufsicht haben. Während des Krieges sind an manchen Orten Kinderhorte ins Leben gerufen worden, in denen die Schuljugend nach dem Unterrichte behütet werden soll. Diese Anstalten sind auch für solche Kinder bestimmt, deren Mütter nicht in der Lage sind, sich in gehöriger Weise um sie zu kümmern. Nun wird aber manchmal ein großer Fehler gemacht, auf den der Generalsuperintendent D. Böllner den Finger legt. Die Kinderbewahranstalt soll blühen. Daher lockt man auch solche Kinder hinein, die zu Hause aufgezogen sind. In diesen Fällen vergißt man, daß es für die Familie keinen vollwertigen Ersatz gibt. Alle Einrichtungen und Arbeiten auf dem Gebiete der Jugendfürsorge, die das Familienleben beeinträchtigen, fügen der Volkswirtschaft Schaden zu. Schon der Mutter geht ein großer Segen verloren, wenn sie sich so leichten Herzens der Sorge um ihre Kinder enthebt. Nicht nur für die Jugend, sondern auch für die Verheirateten hat die Familie einen hohen erzieherischen Wert.

Wer den Junggefallen zur Eheschließung aufmuntert, leistet ihm und der Gesamtheit einen großen Dienst. In den goldenen Friedensjahren vor dem Weltkriege nahm mit dem beglückten Leben die Eheschließung der Männer zu. Es gibt ja verschiedene Ursachen, weshalb die Männer sich manchmal so schwer entschließen können, einen eigenen Hausstand zu gründen. Den Junggefallen muß es deutlich gesagt werden, daß der verheiratete Mann, der eine zahl-

Neuer Umschwung in Ungarn.

Ein Habsburger Oberhaupt der Republik Ungarn.

Seit Mittwochabend ist wieder ein Habsburger, Erzherzog Josef, Oberhaupt von Ungarn. Die Vorgänge spielten sich folgendermaßen ab:

Gegen 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidentium General Schnerger, der Polizeioberinspektor Woltenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Frig und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Franz Sciller und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzudanken, mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertritt. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren.

Die Entente mission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Josef, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stephan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Äußeren wurde General Tauczós, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schnerger betraut. In der Stadt herrscht Ruhe.

Die Missionen der Ententemächte hielten ebenfalls eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratungen galten schwebenden Fragen, wobei volles Einverständnis erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratung sofort verständigt.

Es ist noch nicht ganz klar, welche Rolle Erzherzog Josef zu spielen gedenkt. Er ist schon vor dem Krieg eine populäre Persönlichkeit gewesen und während des Krieges, in dem er zum Feldmarschall emporrückte, der „populärste Mann in Ungarn“ geworden, der „ungarische Erzherzog“. Nach der Oktoberrevolution legte er seinen erzherzoglichen Titel ab, nannte sich einfach Josef Habsburger und leitete der ungarischen Volksrepublik den Treueid. Als die Mächtigkeitskrankheit ausbrach, wurde er durch die Mätereigierung aus Budapest ausgewiesen und auf seinem Gut in Meur interniert, wo er sich während der ganzen Zeit der Herrschaft Bela Kuns befand. Vermutlich wird Erzherzog Josef den Titel eines Präsidenten der Republik annehmen. Aber es ist auch nicht ausgeschlossen, daß er sich als Regent etabliert und es darauf ankommen läßt, ob die monarchische Strömung sich als stark genug erweist, ihn zum Thron emporzutragen. Denkbar wäre ja auch ein drittes: daß er Vizepräsident für König Karl sein soll, der, wie bekannt, sowohl in französischen Kreisen wie am englischen Hofe große Sympathien genießt.

Der neue Ministerpräsident Stefan Friedrich ist eigentlich ein Habsburger, der seinerzeit mit Michael Karolyi in Frankreich gefangen war und in der Oktoberrevolution eine große Rolle spielte. Unter dem Regime Karolyis war er Staatssekretär im Kriegsministerium. Während der Mätereigenschaft wurde er als politische Geisel verhaftet und über zwei Monate gefangen gehalten.

70 000 Rumänen in Budapest.

Zu den ursprünglich eingerückten 30 000 Mann rumänischer Truppen kommen immer weitere Verstärkungen. Gegenwärtig stehen bereits an 70 000 Rumänen in und um Budapest. Die Wiener Ententevertreter haben den mit ihnen in Verbindung stehenden ungarischen Politikern wiederholt versichert, daß die Entente alles tun werde, um der rumänischen Besatzung jeden anderen Charakter als den einer Sicherheitsmaßregel zu nehmen. Bis jetzt haben sich diese „Sicherheitsmaßnahmen“ allerdings nur in planmäßigen Plünderungen der rumänischen Soldaten äußert. Die Rumänen haben alle Bahnhöfe besetzt und den Verkehr der elektrischen Straßenbahnen nach den Vorstädten gesperrt. Der Sperrungsbereich, der um die Stadt gezogen ist, ist so eng, daß die Lebensmittelzufuhr für Budapest einer Katastrophe entgegengeht. Die rumänischen Soldaten treiben bereits mit den geraubten Gegenständen einen schamhaften Handel.

reiche Kinderfahne aufzieht, viel mehr Nutzen stiftet, als der Hagestolz, der nur von Bevölkerungspolitik spricht. Leider gibt es immer noch zu viele Menschen, die wohl vernünftig sprechen, aber wie Löwen handeln. Wer aus selbstsüchtigen Gründen nicht heiratet, hat es sich selber zuzuschreiben, wenn ihn später das Leben anwidert. Unser Dienst an anderen ist die Quelle innerer Befriedigung, des höchsten Lebensglücks. Es ist wahr, was Rückert sagt: „Das Leben ist nur den an steten Wonnen reich, der frohgewußt es sich und andern lebt zugleich.“ Selbst für den schaffensfreudigen, tatkräftigen Mann ist das Leben ohne ein geliebtes Weib nur etwas Halbes. Was der entbehrt, erfährt ihm kein Freund. Die Junggefallen werden alt, ehe sie so recht jung gewesen sind. Der Verheiratete hat Haus und Herd und weiß, wozu er auf der Welt ist, wofür er zu sorgen hat. In der Seele einer geliebten Gefährtin und in den Augen der heranwachsenden Kinder sieht der Mann sein Streben und seine vollbrachten Taten widerpiegeln. Das versteht ihn auf den Höhepunkt des Lebens. Von hier schaut er die Dinge mit ganz anderen Augen an. Wohl empfindet er manchmal einen tiefen Zwiespalt zwischen Ideal und Wirklichkeit. Doch gibt er sich keiner dumpfen Resignation hin. Schon die muntere Kinderfahne bewahrt ihn davor. Der Familienfeind gerät dagegen viel eher in den Zustand der Verzweiflung und des Miskmuts, verliert viel leichter das Vertrauen zu Gott und Menschen. Durch die Kinder wird den Eltern der Herbst des Lebens vergoldet und der Winter des Alters von Wärme durchstrahlt. In der Ehe ergänzen sich beide Geschlechter. Kraft und Männerwürde gehen mit Frauentugenden und Frauenerehre Hand in Hand. Jede Zeit, die tüchtige Männer herporgebracht hat, ist auch an edlen Frauen nicht arm gewesen.

Was von dem segensreichen Einfluß der Familie gesagt worden ist, setzt eine glückliche Ehe voraus. Vor allem muß

Der Frieden.

Der Kaiserprozeß nicht vor der Ratifikation.

Im Unterhaus sagte in Erwiderung einer Anfrage Minister Bonar Law, die Alliierten hätten ihren Beschluß betr. des Prozesses gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert, doch könne kein Verfahren eingeleitet werden, bevor der Friedensvertrag ratifiziert worden sei.

Die Kommission für die Ratifikation des Friedensvertrages.

„Corriere della Sera“ berichtet aus Rom, daß die Kommission für die Prüfung der Ratifikation des Versailler Vertrages nach mehreren Sitzungen in langen Debatten der Ratifikation zugestimmt habe. In der Kommission haben sich die Sozialisten der Ratifikation widersetzt, während zwei andere deputierte Vorbehalte machten.

Nebergabe Malmédys an Belgien.

Der Brüsseler „Soir“ teilt mit, daß das Ministerium des Auswärtigen ein Telegramm von Koch erhalten hat, worin Belgien eingeladen wird, das Gebiet von Malmédy, das durch den Friedensvertrag dem belgischen Gebiet angefügt wurde, militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

Das englische Friedensangebot.

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis veröffentlicht eine von ihm, Generalfeldmarschall von Hindenburg, General Ludendorff und Staatsminister a. D. Dr. Helfferich unterzeichnete gemeinsame Erklärung über das englische Friedensangebot im Jahre 1917. Nach einer eingehenden Darstellung des Sachverhalts kommt der frühere Reichskanzler zu dem Ergebnis, daß bei der britischen Regierung keinerlei Geneigtheit zu Friedensverhandlungen bestand, und weist daher die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück, in seiner Eigenschaft als Reichskanzler irgend etwas versäumt zu haben, was bei dem Vorliegen einer ernstlichen Verhandlungsbereitschaft Englands hätte zum Frieden führen können. Desgleichen weist er die gegen den Feldmarschall v. Hindenburg, den General Ludendorff und den damaligen Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich erhobenen Anschuldigungen zurück. Diese Herren seien sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt gewesen. Sie hätten nichts getan, wodurch die auf den Frieden gerichtete Aktion der politischen Leitung in irgendeiner Weise durchkreuzt oder erschwert worden wäre.

Neue Enthüllungen.

Die Friedensmission der Prinzen von Parma.

Der frühere deutsche Botschafter in Wien Graf Wedel erzählt in den „Hamburger Nachrichten“ die Frage, ob ein Verständigungsfrieden möglich war an der Hand der Sixtusmission, deren Verlauf er als feststehende Tatsache bezeichnet. Ueber die Friedensmission der Prinzen von Parma teilt Graf Wedel folgende wesentliche Einzelheiten mit:

Im Herbst 1917 sandte Kaiser Karl seinem Schwager, dem Prinzen Sixtus von Parma, den bekannten Brief, worin er sich anbietet, seinen ganzen persönlichen Einfluß für die Abtretung Elsaß-Lothringens einzusetzen, um zu einer Verständigung zu gelangen. Prinz Sixtus sandte das Anerbieten der französischen und englischen Regierung zur Kenntnis. Lord George empfahl dieses den Bundesgenossen Englands zur Beachtung, hatte aber damit kein Glück. Frankreich wollte sich nicht mit Elsaß-Lothringen begnügen. Im Mai erschienen die Brüder Sixtus und Eber von Parma plötzlich in Wien. Auf die Frage des Grafen Cernin, ob an einen allgemeinen Frieden gedacht werden könne, in den Deutschland eingeschlossen würde, konnte Prinz Sixtus zwar nicht mit einem klaren Ja antworten, erklärte aber, er habe keinen Grund, die Frage zu verneinen. Cernin machte dem deutschen Reichskanzler sofort Mitteilung. Herr v. Bethmann ann unverzüglich und zwar am 13. Mai nach Wien. Da aber Prinz Sixtus die Bedingungen nicht mitgebracht hatte, waren beide Staatsmänner der Meinung, daß man Bedingungen besser nicht erwähne, sondern nur antworten solle, die Mittelmächte seien zu einer Besprechung jederzeit gern bereit, die Entente möge den Modus wählen, der ihr geeignet scheint, den von Prinz Sixtus angeknüpften Faden fortzuführen. Die Entente kann den Faden aber nicht weiter. Es ist anzunehmen, daß nur an einen Sonderfrieden mit Österreich, aber nicht an einen allgemeinen Frieden gedacht worden war. Dafür spricht, daß Graf Cernin, der weitere Fährer ausrichtete, hinter die Mittelmächte

Maßna

Kaufm

Sofort

trages hat

hen Mengen

schwemmt

nun gemacht

steht sich her

angebot erhebt

sen, wenn über

händigung vor

das Angebot n

auf diese

gerichtet und

in Einzelfäll

haften, besch

Zudem, und

über das ga

führen und

tigten, die g

Diese, A

mählich zu

nächst wurden

und englisch

verbot erlaß

lichen Posten

Da jedoch in

Mengen von

ischen Gebiet

großen Teiles

Verderben d

gerechnet me

das Verbot

Mengen

die offizi

händler

zeiger“ beric

widelt, das r

net Offizier

Lebensmittel

Posten an

taufen Men

teil und me

lich erweitert

artikel und

Waren jegli

mittlern“ er

Die

unkontrollier

handel entfi

landen erst

hörde, die B

Handels zu

gierung sah

tel zur Unt

schlagnah

ordnen. Die

auf den Gro

von Krimina

So bere

eine geordn

sie doch in

Unwillen er

Herkunft der

ist zufrieden,

Regierung se

daß sie die

schonigen G

land.

Rummeh

bindung mit

tion eingelei

zu unterbind

aufzufa

fraglich, dem

sch ihr eintr

aus der Han

der Eisenbah

Unter de

trat am Mi

ferenz zur

Rohlenkrei

Ausführungen

Er betont

gang der Br

zunehmend

wie auch die

im Durchsch

Matifikation.
ung einer An-
früheren Kai-
önne kein Ver-
riedensvertrag
rnsvertrages.
us Rom, daß
er Matifikation
Sitzungen in
bestimmt habe.
Sozialisten der
andere Depu-
ien.
ß das Ministe-
von Koch er-
wird, daß Ge-
riedensvertrag
militärisch zu
men
schaffs verhö-
hall von Hin-
ämister a. D.
me Erklärung
Jahre 1917.
Sachverhalts
dem Ergebnis,
nerlei Ge-
lungen be-
hobenen Vor-
Reichszähler
bei dem Vor-
reitchaft Eng-
a. Desgleichen
Hindenburg,
igen Stellver-
hobenen An-
n sämtlich an
Beise beteiligt
durch die auf-
schen Leitung
erschwert wor-
en.
n Parma.
n Wien Graf
achrichten" die
gliche war an
erlauf er als
die Frieleis-
Graf Wedel
seinem Schwa-
kannten Brief,
lichen Einfluß
sehen, um zu
tus sandte das
Regierung zur
Bundesgenos-
mit kein Glück,
gen begnügen.
s und Kader
ge des Grafen
gedacht werden
würde, konnte
Ja antworten,
Frage zu ver-
schärfen so
unverzüglich
Prinz Sixtus
waren beide
gungen besser
e Mittelmächte
ereit, die En-
eignet ideale,
fortzuführen.
t weiter. Es
der Frieden
einen Frie-
Graf Ger-
die Mitteilung
schon mancher
eirat sich durch
ehr bestimmen
ften, die von
erwert, im
enn sie dichten
das Familien-
Singen und
ktion geschäft
nen Familien-
so wertvoller
war mehrere
n Besuche ge-
eibt er später:
is, alles Gute
iem Dache ge-
wenigstens die
echt kam, eben
t, welcher ihr
mit ihnen bei
weniger bitter,
machte, dieser
zu walten,
sie vorwärts
des Wortes."
viele solcher
andere für die
Geschlechts, ist
g. Das muß
amit aus der
wie unser ver-

erhält, nur zu einem Sonderfrieden mit Oesterreich sei die Entente bereit, wenn Oesterreich sich dem Londoner Abkommen unterwerfen wolle. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Kapitulation. Prüft man die Sirtus-Mission und ihre Behandlung bei der Entente, so stellt sich heraus, daß Frankreich ein überaus günstiges Angebot erhielt, auf das es geradezu hätte springen müssen, wenn überhaupt die geringste Neigung zu einer Verhandlung vorhanden gewesen wäre. Frankreich aber lehnte das Angebot mit einer hochfahrenden Geste rundweg ab.

Maßnahmen gegen den Schleichhandel.

Ausfall der linksrheinischen Lebensmittel.
Sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages hat die Entente das besetzte Gebiet mit großen Mengen von Lebens- und Genussmitteln überflutet. Dies haben sich die „Veruschleier“ zu nutze gemacht, um ihrerseits durch Massenvertrieb dieser Waren im unbefestigten Deutschland im Wege des Schleichhandels Riesengewinne zu erzielen. Die Behörden haben deshalb in der letzten Zeit auf diese Handelsgeschäfte ihr besonderes Augenmerk gerichtet und verschiedentlich große Sendungen, die in Einzelfällen bis zu zehn Eisenbahnwaggons umfaßten, beschlagnahmt. Wir erinnern an die großen Jäger- und Speckereien, die zur Aufdeckung von über das ganze Reich verbreiteten Schieber-Zentralen führten und eine ganze Reihe von Verhaftungen zeitigten, die gegenwärtig noch nicht abgeschlossen sind. Diese „Handelsgeschäfte“ haben sich erst allmählich zu diesen Riesenschiebern entwickelt. Zunächst wurden nur kleine Mengen, da die französische und englische Besatzungsbehörden ein strenges Ausfuhrverbot erlassen hatten, im Einverständnis mit den feindlichen Posten in das unbefestigte Gebiet geschmuggelt. Da jedoch im Laufe der letzten sechs Monate so große Mengen von Fleisch und Fettwaren im linksrheinischen Gebiet aufgeschleppt wurden, daß nach Abzug eines großen Teiles des früheren Besatzungsheeres mit einem Verderben der beträchtlichen Nahrungsmittelbestände gerechnet werden mußte, hob die Besatzungsbehörde das Verbot auf und gestattete die Ausfuhr jedweder Mengen. Jetzt wurden die Besatzungsgruppen die offiziellen Vermittler der Schleichhändler. Es hat sich, wie der Berliner Lokal-Anzeiger berichtet, ein regelrechtes Handelsgeschäft entwickelt, das mit ganz bestimmten Provisionsfähren rechnet. Offiziere vermitteln den Schiebern Waggons mit Lebensmitteln gegen tarifliche Provision, und der Posten an der Grenze, der den Übergang der getauften Mengen gestattet, erhält ebenfalls seinen Anteil und macht sein einträgliches Geschäft. Schließlich erweiterte man die Ausfuhr auch auf Luxusartikel und Kleiderstoffe, und man kann gegenwärtig Waren jeglicher Branche von den „militärischen Vermittlern“ erhalten.

Die Regierung konnte sich natürlich mit dieser unkontrollierbaren Einfuhr und der durch den Schleichhandel entstehenden Vorkriegszuflutung nicht einverstanden erklären. Alle Bemühungen der Reichsbehörde, die Besatzungsbehörden zu einem Verbot dieses Handels zu veranlassen, blieben erfolglos. Die Regierung sah sich daher gezwungen, als einziges Mittel zur Unterbindung des wilden Handels die Beschlagnahme durch das Landespolizeiamt anzuordnen. Dieses Amt sucht durch Militärkommandos auf den großen Eisenbahnstationen wie durch ein Heer von Kriminalbeamten möglichst viel Ware zu erfassen. So berechtigt diese Maßnahme mit Rücksicht auf eine geordnete Ernährungsorganisation erscheint, hat sie doch in vielen Kreisen der Bevölkerung lebhaften Unwillen erregt. Man fragt heute wenig nach der Herkunft der Ware und der Höhe des Preises, sondern ist zufrieden, wenn man überhaupt etwas erhält. Der Regierung kann der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie diese freiwerdenden Lebensmittel im linksrheinischen Gebiete nicht rechtzeitig zu erfassen verstand.

Nunmehr hat das Reichsernährungsamt in Verbindung mit dem Wirtschaftsministerium eine neue Aktion eingeleitet, um den wilden Handel im Rheinland zu unterbinden und die Lebensmittel selber aufzukaufen. Ob ihm das glückt, ist allerdings fraglich, denn die feindlichen Besatzungsgruppen werden sich ihr einträgliches Geschäft als Schleichhändler kaum aus der Hand nehmen lassen.

Die Kohlenkrise.

Der Eisenbahnminister über die drohende Kohlenkatastrophe.
Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer trat am Mittwoch im Reichskanzlerpalais eine Konferenz zur Beratung über Maßnahmen gegen eine Kohlenkrise zusammen. Starke Eindruck machten die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers. Er betonte, daß schon jetzt durch den großen Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die sich zunehmend verschärfen werde und drohe, das Verkehrsleben, wie auch die Industrie lahmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis vierzehn Tage; es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, daß Personenverkehr stark eingeschränkt werden. Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als erschwerender Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von 40 Millionen Tonnen Kohlen an die Entente hinzu. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Hinsicht auf das Einfuhrmaterial außerlegen, er wird eine Kohlennot von großer Härte mit manchen unermesslichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

Man war in der Besprechung allgemein der Ansicht, daß deshalb unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus den Verhandlungen selbst sei als weiterer Punkt die Schlichtfrage hervorgehoben. Bekanntlich ist man von der 8 1/2-Stunden-Schicht auf die siebenstündigen Schicht in den Bergwerken gekommen. Es soll nun versucht werden, diese siebenstündigen Schicht durch eine einundzwanzigstündige Schicht, die um 25 vom Hundert besser bezahlt werden würde als sonst die Einstundenarbeit, zu verlä-

gern. Die Arbeitnehmer waren bei der Debatte hierüber einstimmig der Ansicht, daß sich dieser Plan schwer durchführen lassen würde. Man kam schließlich zu der Auffassung, wenigstens eine strikte Durchführung der Schichtzahl mit allen Kräften anzustreben, d. h. bei 27 Arbeitstagen im laufenden Monat auch wirklich 27 Arbeitsschichten ausführen zu lassen.

Das schwierige Problem der Waggengestellung behandelte der Eisenbahnminister Defer. Die Verhandlungen wurden am Donnerstag in einem Ausschuss von Arbeitgeber und Arbeitnehmern unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers Schlick und unter Hinzuziehung des Reichswirtschaftsministers Schmidt fortgesetzt.

Alliierte Maßnahmen zur Beseitigung der Kohlennot in Europa.

Auch der Oberste alliierte Rat in Paris hat sich dieser Tage mit dem Steinkohlenproblem eingehend beschäftigt. Man beschloß, eine Kohleneinfuhr-Kommission für sämtliche europäische Staaten zu schaffen. Dieser Kommission wird nicht nur die Verteilung der für Europa verfügbaren Kohlenvorräte obliegen, sondern sie soll auch Maßnahmen zur Hebung der Erzeugung treffen. Es wurde festgestellt, daß mehrere Gruben in Frankreich, Belgien und Deutschland nicht genügend produzieren. Der Rat wünschte weiter, die Einwanderung polnischer und tschechischer Arbeiter zu fördern, die in ihrem eigenen Lande wegen der Desorganisierung der Industrie keine Arbeit finden, und daher in den Bergwerken Westeuropas beschäftigt werden können. Frankreich hat bestimmte Kohlenmengen in Westfalen aufgekauft als Ergänzung der im Friedensabkommen mit Deutschland vorsehiner vorgesehenen Kohlenmengen, die Deutschland nach Festlegung des in dieser Frage zu treffenden Uebereinkommens zu liefern hat.

Es besteht also die Gefahr, daß die Maßnahmen der Entente zur Hebung der internationalen Kohlennot die Kohlennot in Deutschland noch verschärfen. In der interalliierten Steinkohlenkommission werden übrigens nur Frankreich, England, Italien, die Tschechoslowakei und Polen vertreten sein. Amerika hat sich geweigert der Kommission beizutreten. Hoover sagte, daß man auf eine amerikanische Einfuhr von Steinkohlen unmöglich rechnen dürfe. Er erklärte ferner, daß nach England jetzt auch in Amerika der soziale Zustand anfangs, infolge der revolutionären Wünsche des Eisenbahnpersonals sehr ernst zu werden. Der bevorstehende Winter werde in den Vereinigten Staaten den größten Mangel an Steinkohlen bringen, den das Land je gesehen habe.

Deutsches Reich.

Die preussische Staatsregierung hat dem Antrag des Ministers für Volkswohlfahrt auf Bereitstellung einer zweiten Rate von 50 Millionen Mark als weitere Beteiligung Preußens zur Unterstüßung des Wohnungsbau und zur Wiederbelebung der Neubautätigkeit zugestimmt und die geforderte Summe bewilligt.

— Zum Regierungspräsidenten von Wiesbaden ist Dr. v. Momm aus Trier ernannt worden.

— Die Nachricht, daß der Feldmarschall v. Hindenburg in der Deutschnationalen Volkspartei eine führende Rolle übernehmen wolle, beruht auf einem Irrtum.

Der Übergang der Kommandogewalt auf das Reich. Die Stellung der einzelstaatlichen Kriegsverwaltung ist mit Annahme der neuen Reichsverfassung eine andere geworden. Die Heeresverwaltung geht nunmehr auf das Reich über, und den Einzelstaaten stehen keine Verwaltungsbefugnisse nach Kommandogewalt mehr zu, sondern lediglich der Reichsregierung, die in dieser Hinsicht der Nationalversammlung bzw. dem künftigen Reichstag verantwortlich ist. Diese Sachlage bedingt eine Neuregelung der Stellung der einzelstaatlichen Kriegsverwaltung und der bei diesen ruhenden Kommandogewalt. Es werden daher bis 1. Oktober 1919 aus den einzelstaatlichen Kriegsverwaltungen und sonstigen dafür geeigneten Militärbehörden Reichsmehrheiten gebildet, in welchen die einzelstaatlichen bisherigen Kriegsverwaltungen aufgehen werden. Für Preußen tritt an die Spitze einer solchen Reichsmehrheit der bisherige Kriegsverwaltungsoberst Reichardt. In Bayern wird die gleiche Stelle dem Generalleutnant Burghardt, in Sachsen dem Generalmajor v. Odershausen und in Württemberg dem Oberstleutnant Willwarth übertragen.

Einigung über die Reichseinkommensteuer. Die „Berliner Börsenzeitung“ meldet aus Weimar: Zwischen dem Reichsfinanzminister Erzberger und den Finanzministern der Bundesstaaten, mit Ausnahme Badens und Sachsens, besteht nunmehr Aussicht auf ein Kompromiß über die neue Reichseinkommensteuer und den Übergang der Finanzverwaltung auf das Reich. Preußen hat die Bedingung gestellt, daß den Einzelstaaten mindestens ein so hoher Teilbetrag von dem Ertragssteuern der Reichseinkommensteuer zugeführt werden soll, wie die Einzelstaaten im Jahre 1919 aus ihren Einnahmen gewonnen haben. Preußen verlangt außerdem noch einen Sonderzuschuß von 6 Prozent dieser Einnahme im Jahre 1919.

Demokratisierung der Eisenbahnverwaltung. Der Eisenbahnminister hat in dem Wunsch, die Möglichkeit des Aufstiegs in höhere Stellen für mittlere Beamte zu vergrößern, kürzlich in einem Erlass erklärt, bei der Anstellung als Mitglied einer Eisenbahndirektion, für die gemäß der Verwaltungsordnung der Staatseisenbahnen, der Regel nach, die Ablegung der höheren Staatsprüfung erforderlich ist, hiervon künftig in geeigneten Fällen abgesehen zu werden. Für die Beförderung von Mitgliedsstellen kommen in erster Linie tüchtige Beamte der mittleren Laufbahn in Frage, die sich als Vorkandidaten von Vletern oder Nebenämtern gut bewährt haben. Durch die Tätigkeit als Hilfsdezentrat bei Eisenbahndirektionen soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, ihre Eignung für die Stellung eines Amtsvorstandes zu erweisen. Den Beamten der unteren Laufbahn war schon bisher in weitem Umfang die Möglichkeit des Aufstiegs in mittlere Stellen gegeben. Einem vermehrten Uebertritt solcher Beamten in mittlere Stellen stehen zurzeit noch die Rechte der Militärämter entgegen. Mit dem bevorstehenden Rückgang der Zahl der Militärämter wird es möglich werden, tüchtige Beamten der unteren Laufbahn noch mehr als bisher

in mittlere Stellen zu überführen. Die ersten Beförderungen von mittleren Beamten zu Mitgliedsrängen von Eisenbahndirektionen sind inzwischen bereits erfolgt.

Für Schaffung eines organischen deutschen Einheitsstaates. Eine aus allen Teilen Rheinlands beschickte Versammlung des Augustinus-Bereins der Bürgergesellschaft in Köln nahm folgende Entschließung mit großer Mehrheit an: Die auf eine territoriale Neuordnung unseres Vaterlandes gerichteten Bestrebungen müssen zum Endziel haben: 1) die Schaffung eines organischen deutschen Einheitsstaates, der aus möglichst gleichwertigen und gleichberechtigten Gliedstaaten besteht, die mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet sind. 2) Die von der preussischen Regierung vorgeschlagene Erweiterung der Autonomie der Provinzen im Rahmen des bisherigen Preußen genügt durchaus nicht, den heutigen Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen, besonders nicht der Rheinlande. Die zu gewährende Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches muß sich mindestens auch erstrecken auf weitgehende Selbstverwaltung auf dem gesamten kulturellen Gebiet, auf freie Beförderung der Beamtenstellen mit Männern, die das Vertrauen des Volkes genießen und auf möglichst freie wirtschaftliche Betätigung. 3) Der Augustinus-Berein erachtet seine Mitglieder in vorgenannter Richtung für Schaffung eines westdeutschen Gliedstaates tätig zu sein. Auf diese Weise werden auch die Bestrebungen zur Errichtung eines rheinischen Gliedstaates im Rahmen des Deutschen Reiches am ehesten ihre Erfüllung finden.

Ausland.

Schweiz: Fortsetzung des Generalstreiks.

Die Verbände der Holz-, Textil-, Metall- und Staatsarbeiter in Basel haben beschlossen, den Streik bis auf weiteres aufrecht zu erhalten. Unter den verhafteten Teilnehmern an den Züricher Unruhen sind 53 Ausländer verhaftet. Diese werden ausgewiesen. Nach Mitteilungen der schweizerischen Presse ist der Baseler „Vorwärts“, dessen Medaiteur zurzeit eine Gefängnisstrafe verbüßt, von drei deutschen Spartakisten redigiert worden, denen es gelang, zu entfliehen. Nach der „Revue“ war die Baseler Bewegung in derselben Weise organisiert wie die Spartakusaufstände in Deutschland. Das Blatt behauptet, die Streikenden hätten Handgranaten und 8 Maschinengewehre deutscher Herkunft gehabt.

Italien: Verschärfung der Streiklage.

Der Generalstreik in Triest hat sich nach dem Friaul ausgebreitet. In Triest wurden sämtliche etwa 400 im Volkshaufe versammelten Arbeiterbelegierten, darunter der Abgeordnete von Triest, Giovanni Oliva, verhaftet. Die römischen Schriftsetzer veranstalteten auf Einladung des Abgeordneten Turati eine Abstimmung über die Frage, ob der seit vier Wochen dauernde Auslandsabzug abgebrochen werden solle. Die übergroße Mehrheit sprach sich für Fortsetzung des Streiks aus. Die Zeitungen erschienen nicht. Der Generalstreik der Textilarbeiter in der Provinz Bergamo hat sich auf die Provinz Mailand ausgebreitet. Der Streik der Metallarbeiter ist in der Lombardie, Venedig, Emilia und Toscana fast allgemein. Die Stimmung ist bei Arbeitern und Arbeitgebern sehr gereizt. Letztere beschließen, auch die bisher gemachten Zugeständnisse wieder zurückzuziehen. Die Mailänder Arbeiterkammer droht mit dem allgemeinen Generalstreik.

Frankreich: Barthous Bericht im Friedensausschuss.

Der Friedensausschuss der französischen Kammer hörte den Generalbericht des Abgeordneten Barthous an, der schließlich mit 30 gegen 2 Stimmen (Franklin-Bouillon und Louis Marin) genehmigt wurde. Es haben also 28 Mitglieder des Ausschusses an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Bericht macht für den Krieg Kaiser Wilhelm verantwortlich. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuwerfen sei, sei, daß er das Werk Bismarcks nicht zerstörte. Im Gegenteil, die deutsche Einheit sei vertieft und durch den Vertrag formell anerkannt worden. In gleicher Zeit aber sei der Völkerverbund gegründet worden. Er könne auf keinen Fall ein Äquivalent bieten, daß man Deutschland nicht in seine Bestandteile zerlegt habe, aber wenn er in seiner jetzigen Gestalt nicht alle Hoffnungen erfüllen könne, sei das nicht die Schuld Frankreichs. Der Vertrag von Versailles lasse, was seine Grundlage betreffe, eine gewisse Einheit vermissen und in der Form eine gewisse Klarheit. Was ihn auszeichne, sei, daß er den Nationen das Recht, über sich selbst zu verfügen, haben gelassen, daß er den preussischen Militarismus vernichte, den Völkerverbund gründe und den niedergedrückten Völkern das Leben und die Unabhängigkeit wiedergebe. Jetzt müsse seine Ausführung überwacht werden. Es müsse Deutschland unmöglich gemacht werden, wieder Schaden anzurichten.

Total- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 9. August 1919.

— **Lebensmittelverkauf im Landkreis** vom 10. bis 16. 8. 1919. 1. **Nährmittel!** a) **Rudeln.** Rudeln werden ausgegeben an alle Nahrungsmittelversorgungsberechtigten in allen Kolonialwarenhandlungen. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 2 erhält jeder 1/4 Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. b) **Griech oder Hafer.** 1 Pfund. Griech oder Hafer werden ausgegeben an alle Fettversorgungsberechtigten in den Butterverkaufsstellen, wo sie eingetragen sind. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 7 erhält jeder 1/4 Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. — 2. **Brotaufschlag!** Sämtliche Fettversorgungsberechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen, wo sie eingetragen sind, gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 11: 1/2 Pfund Marmelade zu 1,30 M für 1 Pfund. — 3. **Auslandsweizenmehl!** Alle Brotverarbeitungsberechtigten erhalten in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Einfuhrzulassmarke Nr. 26 je Person 400 Gramm Auslandsweizenmehl zu 68 Pfg. Die Marken sind aufgelegt am Dienstag, den 19. d. M., hier, Zimmer Nr. 15, abzuliefern. Diese Menge ist für 14 Tage bestimmt. 5. **Auslandschweinefleisch!** Auslandschweinefleisch wird in den Schlachtereien des Stadt- und Landkreises an Hand der Kundenliste an alle Fleischversorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ab Mittwoch, den 13. d. M., ausgegeben. Es erhält jeder gegen Abgabe der Einfuhrzulassmarke Nr. 23: 125 Gramm zu 1,10 M. Die Marken sind am Montag, den 18. d. M., aufgelegt, hier, Zimmer
